

#SozialerFortschritt Für die Vielen, nicht die Wenigen.

NEWSLETTER FEBRUAR 2023

Liebe Dortmunderinnen und Dortmunder,
liebe Genossinnen und Genossen,

wenn die Landesregierung sich der Öffentlichkeit stellt, dann meist in Situationen, in denen sie sich mit schönen Fotos gut in Szene setzen kann. Insofern wunderte es doch etwas, dass Ministerpräsident Hendrik Wüst und seine Stellvertreterin Mona Neubauer vor ein paar Tagen zu einer Pressekonferenz einluden. Aber außer allgemeinen Schlagwörtern, altbekannten Mantras und dem obligatorischen Fingerzeig nach Berlin war auch dieses Mal leider nicht viel über neue Vorhaben der Landesregierung und die aktuelle Lage von Nordrhein-Westfalen zu vernehmen. Dabei wären nach diesem völlig missglückten Start von Schwarz-Grün ein klarer Kurs und gezielte Maßnahmen für die großen Herausforderungen des Landes mehr als angesagt gewesen. Acht Monate nach der Wahl lediglich ein Wahlprogramm vorzutragen, wird dem Aufgabenspektrum einer Regierung nicht gerecht.

Die Mängelliste dieser Koalition ist lang. Nicht einmal ein Jahr nach Regierungsbildung lässt sich nüchtern feststellen: Schwarz-Grün steht für eine inkompetente Haushaltsführung, eine eklatante Bildungskatastrophe, einen Rückzug aus der Industriepolitik, einen verfehlten Windkraftausbau, Widersprüche in der inneren Sicherheit, massive Glaubwürdigkeitsverluste in der Frage um die Räumung des Braunkohledorfs Lützerath und jetzt auch für eine veritable Affäre um den Neubau der Rahmedetalbrücke.

Ministerpräsident Wüst hat zum wiederholten Male die Verantwortung für das Chaos um die Rahmedetalbrücke auf die Vorgängerregierung und die fachliche Ebene geschoben. Fragen weicht er aus. Dabei sind längst andere Informationen an die Öffentlichkeit gekommen. Aber selbst nach einer Aktuellen Stunde in der letzten Plenarwoche und einer Vorladung des Ministerpräsidenten im Verkehrsausschuss, bleiben die entscheidenden Fragen weiter offen. Wie ist es zur Neubau-Verschiebung unter Hendrik Wüst als Verkehrsminister gekommen? Warum hat die Landesregierung den Aktenbestand zu den Vorgängen so lange geleugnet? Und warum verschwinden brisante Mails in Staatskanzlei und Verkehrsministerium? Zu nichts hat die Regierung eine Antwort geliefert. Nichts hat die Landesregierung entkräftet.



Anja Butschkau Mdl

Wahlkreis:
Dortmund-Hombroch, Hörde,
Lütgendortmund

Wahlkreisbüro Dortmund
Brüderweg 10-12
44135 Dortmund
www.anja-butchkau.de

Fon: 0231 – 58 56 18
Fax: 0231 – 58 56 28
anja@anja-butchkau.de





Und dann verlor der grüne Verkehrsminister Oliver Krischer in der Plenardebatte auch noch die Nerven und warf der Opposition vor, sie würde die Mitarbeiter*innen in seinem Ministerium mit „unsinnigen und fragwürdigen Kleinen Anfragen“ von der Arbeit abhalten. Wie ich finde, eine befremdliche Einstellung des Ministers zu unserer parlamentarischen Demokratie, in der die Opposition die Pflicht hat, die Rechtmäßigkeit der Regierungsarbeit zu kontrollieren.

Die Leidtragenden in der Sache sind die Menschen im Sauerland, die seit der Sperrung der A45 mit Stau, Lärm und wackelnden Regalen leben müssen, wenn die LKWs durch ihre Vorgärten

betretten. Sie haben besseres verdient als einen Ministerpräsidenten, der verantwortungslos handelt statt zu seinen Fehlern zu stehen.

Wir werden jedenfalls weiter die Hintergründe der Neubaueverschiebung aufklären. Notfalls im Rahmen eines Untersuchungsausschusses, falls die Landesregierung ihr Versagen weiter vertuschen wird.

Ich wünsche Ihnen und Euch nun aber erst einmal eine interessante Lektüre des Wahlkreis-Newsletters.

Ihre/Eure

Anja Buschman



Chancengleichheit: Endlich beste Bildung für alle

Nordrhein-Westfalen steckt mitten in der Bildungskatastrophe. Etwa 20 Prozent der Schüler*innen erreichen die Mindestanforderungen der Kultusminister*innenkonferenz für Lesen nicht, so der IQB-Bildungstrend 2021. In Mathematik scheitern sogar knapp 30 Prozent. Hinzu kommt eine erschreckende Erkenntnis der COPSY-Studie: Zwei Drittel der Kinder und Jugendlichen im Alter von elf bis 17 Jahren fühlen sich durch die Corona-Pandemie belastet. So kann und darf es nicht weitergehen. Chancengleichheit ist ein großes Thema unserer Zeit. Weil sie fehlt.

#Team
Chancengleichheit

Immer weniger Jugendliche und junge Erwachsene in NRW machen eine Ausbildung: 2020 sank die Zahl in der dualen Ausbildung um **11 Prozent**, in der schulischen Ausbildung sogar um **ein Drittel**.



#Team
Chancengleichheit

Laut dem IQB-Bildungstrend können **20 Prozent** aller Kinder in NRW nicht richtig lesen, an Mathematik scheitern sogar **30 Prozent**.

$3 + 2 = 6$



#Team
Chancengleichheit

Im Schulministerium sind rund **11.000** Stellen unbesetzt, davon fallen ca. **8.000** auf Lehrstellen an Schulen in NRW.



#Team
Chancengleichheit

Es fehlen **17.000** Fachkräfte, um allen Grundschulkindern bis zum Ende des Jahrzehnts einen Ganztagsplatz anbieten zu können.



Seit Anfang des Jahres setzen wir uns intensiv mit dem Thema Chancengleichheit in allen seinen Facetten auseinander und betrachten dabei die komplette Bildungskette. Auf mehreren Veranstaltungen haben wir diskutiert – mit Expert*innen aus dem Bildungswesen und mit interessierten Gästen. Dabei wurde noch einmal deutlich, wie starr sich Schule an Lehrplänen ausrichtet, die von der Realität längst überholt wurden. Kinder und Jugendliche brauchen heutzutage ganz

andere Kompetenzen, um bestmöglich vorbereitet zu sein auf die sich immer schneller verändernde Lebens- und Berufswelt. Wir setzen uns daher dafür ein, dass Unterricht neu gedacht wird.

Jedoch: Für die Abwendung der Bildungskatastrophe und eine neue Politik für Familien und Chancengleichheit bleibt uns keine Zeit mehr. Das Thema ist so groß, dringend und übergreifend, dass wir auf unserer Klausurtagung Anfang Februar beschlossen haben, eine Enquete-Kommission dazu zu beantragen. Mit der Enquete-Kommission wollen wir dem Problem der Bildungskatastrophe auf den Grund gehen und es an der Wurzel packen.

Jede Fraktion darf pro Legislaturperiode nur eine Kommission beantragen. Daher setzen wir mit unserem Antrag ein klares Zeichen für die Bedeutung von Bildung. Wir wollen wissen: Was muss sich in unserem Bildungssystem ändern, damit Chancengleichheit endlich gelebte Realität wird? Was sind die entscheidenden Weichenstellungen und Entwicklungssituationen im Lebenslauf eines Kindes? Inwieweit kann das Land gemeinsam mit den Kreisen und Kommunen positiv darauf einwirken und jedem Kind die bestmögliche Entwicklungsperspektive bieten?

Konzeptskizze für eine Enquete-Kommission „Chancengleichheit“: t1p.de/bczky



Unser Plan zur Stärkung der Kindergesundheit

Eltern auf der verzweifelten Suche nach einem Arzttermin für ihre Kinder. Fehlende Betten auf den Kinderstationen. Und dann fehlt auch noch der Hustensaft.

Die Lage in unserem Gesundheitssystem für Kinder und Jugendliche ist durch die Infektionswelle der letzten Wochen hochgradig angespannt. Kinderärzt*innen, Kinderstationen, Pflegepersonal und Eltern sind an der Belastungsgrenze.

Gegen die akute Versorgungslage braucht es jetzt schnelle Maßnahmen. Wir fordern deshalb dringend einen Masterplan zur Stärkung der Kindergesundheit. Das beinhaltet Maßnahmen zur Verbesserung des Gesundheitssystems für Kinder, aber wir müssen dafür auch über die Gesundheitsversorgung hinausdenken: Wir müssen mehr Sport fördern, Kinderarmut bekämpfen und die frühkindliche Erziehung verbessern.

All dies findet Ihr in unserem Masterplan zur Stärkung der Kindergesundheit.

*SPD-Antrag „NRW braucht einen Masterplan zur Stärkung der Kindergesundheit!“: t1p.de/befii
Kompaktinfo „NRW braucht einen Masterplan Kindergesundheit“: t1p.de/55un4*

Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Schul- und Semesterferien Hand in Hand

Familie und Beruf, das ist für die meisten Menschen – hauptsächlich natürlich Frauen – ein Spagat und kommt allzu oft der Quadratur des Kreises gleich. Doch das muss nicht so sein. Manchmal reichen schon kleine Stellschrauben und alles wird ein wenig leichter.

Das gilt zum Beispiel für Studierende und Lehrende mit Kindern an den Hochschulen. Denn wenn die Semesterferien im kommenden Sommer beginnen, sind die Schulferien schon fast wieder vorbei. Das macht die Kinderbetreuung für Studierende und Beschäftigte an den Hochschulen in den Schulferien unnötig schwierig.

In unserem Antrag fordern wir deshalb eine Harmonisierung der Schul- und Semesterferien, denn auch in der Wissenschaft dürfen Kinder und Karriere sich nicht im Weg stehen.

SPD-Antrag „Chancen der Harmonisierung von Schul- und Semesterferien nutzen!“: t1p.de/bczky

Krankenhausplan: Mogelpackung statt Klimawende

Die schwarz-grüne Landesregierung verkündet mal wieder den ganz großen Wurf, der dann zerplatzt wie eine Seifenblase: 800 Mio. Euro will die Landesregierung für energieeffizientere Krankenhäuser bereitstellen. Gut so! Aber wirklich nur auf den ersten Blick. Denn die Mittel sollen der ganz normalen Krankenhausfinanzierung entnommen werden.

Wir erinnern uns: Unsere Krankenhäuser sind chronisch unterfinanziert und haben einen gewaltigen Investitionsbedarf. Hierfür stehen 2,5 Mrd. Euro zur Verfügung. Viel Geld, natürlich, aber nicht viel angesichts des großen Bedarfs, der ganz unabhängig von den notwendigen Klimaanpassungen besteht.

Doch die Landesregierung schneidet jetzt einfach 800 Mio. Euro für die Investitionen der Krankenhäuser heraus und widmet sie für die Klimaanpassung der Krankenhäuser um. Das ist fatal, weil so Energieeffizienz und Gesundheitsversorgung gegeneinander ausgespielt werden. Was

der eine Bereich bekommt, verliert der andere. Für die eigentlichen Maßnahmen des Krankenhausplans, z.B. Investitionen in medizinische Spitzentechnologie, blieben damit nur noch weniger als 1,7 Milliarden Euro übrig.

Wir sind deshalb der festen Überzeugung: für Klimaanpassungsmaßnahmen in Kliniken braucht es eigene Programme!

Sogol Borji droht im Iran die Todesstrafe

Im September starb Jina Mahsa Amini im Polizeigewahrsam, nachdem sie verhaftet wurde, weil sie ihr Kopftuch nicht richtig trug. Seitdem kämpfen Hunderttausende, vor allem junge Menschen, für Freiheit, Menschen- und Frauenrechte im Iran. Viele müssen diesen Mut mit ihrer Freiheit und ihrem Leben bezahlen.

So auch Sogol Borji. Sie wurde am 15. Dezember in Teheran festgenommen und inhaftiert. Ihr wird mit mehreren weiteren Angeklagten im sogenannten Ekbatan Complex Case vorgeworfen, den Revolutionsgardisten Arman Ali Verdi getötet zu haben.

Sie wurde in das berüchtigte Evin-Gefängnis gesperrt, das bekannt ist für Gewalt, Folter und Vergewaltigungen. Berichten zufolge wurde auch sie gefoltert, damit sie ein Zwangsgeständnis ablegt. Sie bekommt wie die anderen Angeklagten keinen Zugang zu einem Rechtsbeistand ihrer Wahl. Für die ihr vorgeworfene Tat droht ihr die Todesstrafe.

Ich habe die politische Patenschaft über Sogol Borji übernommen. Ich mache seitdem regelmäßig auf ihr Schicksal öffentlich aufmerksam und setze mich auf allen Ebenen für ihre Freilassung ein. Ich werde so lange von ihr berichten, bis sie freigelassen und die Anklage fallengelassen wird. Jeden Tag werden im Iran Menschen, die sich für Freiheit und Gerechtigkeit in ihrem Land einsetzen, unter fadenscheinigen Beschuldigungen inhaftiert, teilweise zum Tode verurteilt. Faire Gerichtsprozesse gibt es für diese Menschen nicht.



Sexualisierte Gewalt im Internet: Landesregierung sieht nicht hin

Im November hatten wir uns mit einem Antrag im Landtag für die Bekämpfung von sexualisierter Gewalt im Internet eingesetzt. Für etwas Verwirrung sorgte eine Stellungnahme des Innenministeriums, das bemerkte, dass Nötigungen und Beschimpfungen bereits jetzt schon verfolgt würden. Doch sexualisierte Gewalt im Netz ist viel weitgreifender als Nötigung und Beschimpfungen. Deshalb wollte ich wissen, welchen Sachstand Polizei und Justiz überhaupt zu dem Thema besitzen und wie viele Delikte überhaupt zur Anzeige und Verurteilung gebracht wurden. Eins vorweg: unsere Strafverfolgungsbehörden haben schon ein umfassendes Wissen über die verschiedenen Delikte im Netz. Alles andere hätte mich auch sehr schockiert.



Aber, die Antwort auf die Kleine Anfrage zeigt auch, dass es bei der Strafverfolgung noch Aufholbedarf gibt. So bleibt jede fünfte Tat von digitaler Gewalt unaufgeklärt. Dabei erfasst die polizeiliche Kriminalitätsstatistik schon erheblich weniger Fälle als Studien zu dem Thema erhoben haben. So berichtet eine Studie von Plan International von 2020, dass ganze 70 Prozent der befragten Mädchen und Frauen aus Deutschland Bedrohung, Beleidigung und Diskriminierung im Netz erlebt haben. Das heißt, dass die geringe Zahl der zur Anzeige gebrachten Straftaten sich nicht mit den Erfahrungen der Mehrheit von Mädchen und Frauen decken. Es gibt also ein sehr hohes Dunkelfeld. Offen blieb auch, ob die weni-

gen zur Anzeige gebrachten Fälle sexualisierter Gewalt in einer Verurteilung der Straftäter mündeten.

Wir fordern deshalb eine wissenschaftliche Aufarbeitung des Themenbereichs. Wir müssen endlich wissen, welches Ausmaß sexualisierte Gewalt im Internet hat und vor allem, wie es sich auf die Opfer auswirkt. Auch die Präventions- und Hilfsmaßnahmen wollen wir einer Evaluation unterziehen. Nur so kommen wir zu einem Gesamtkonzept zur Bekämpfung sexueller Gewalt im Internet. Und nur so können wir Mädchen und Frauen endlich wirkungsvoll vor solch schrecklichen Erfahrungen schützen.

SPD-Antrag „No-Go-Area Internet? Sexualisierte Gewalt und Sexismus im Internet bekämpfen!“:

t1p.de/6ywkb

Antwort auf meine Kleine Anfrage „Welchen Wissenstand haben die Strafverfolgungsbehörden über sexualisierte Gewalt im Internet?“: t1p.de/ic521

Keine Hilfe für Kleingärtner*innen

Die Energiekrise stellt auch die Kleingartenvereine vor finanzielle Herausforderungen. Die Abschläge für Strom stiegen in den letzten Monaten deutlich an. Viele Kleingärtner*innen können sich das nicht leisten. In dem Fall muss dann der Gartenverein einspringen. Sind das viele Mitglieder, wie etwa im Gartenverein Hafenviese in der Dortmunder Nordstadt, kann das einen Verein an den Rande der Existenz bringen.

Deshalb wollte ich von der Landesregierung wissen, wie sie Kleingärtner*innen und Kleingartenvereinen in solchen Fällen unterstützen wird. Die Antwort lässt sich in zwei Worte zusammenfassen: Gar nicht!

Ihr sei die Problematik nicht bekannt und sie sehe ihren verfassungsrechtlichen Auftrag damit erfüllt, dass sie sich zum Bundeskleingartengesetz



bekannt, das eine Pachtpreisbindung und einen weitgehenden Kündigungsschutz vorschreibt. Sie verweist vielmehr darauf, dass die Betroffenen die Energieberatungsangebote der Verbraucherzentralen nutzen könnten. Dementsprechend findet man im Unterstützungspaket der Landesregierung zur Bewältigung der Energiekrise auch keine Hilfsmaßnahmen für das Kleingartenwesen, sondern lediglich für Sportvereine.

Dies zeigt, dass das überwiegend sozialdemokratisch geprägte Kleingartenwesen bei der schwarz-grünen Koalition der Besserverdienenden keine Lobby hat.

Antwort auf meine Kleine Anfrage „Dortmunder Kleingartenverein aufgrund steigender Energiekosten in Existenznot – was tut die Landesregierung?“: t1p.de/1krvd

Laumanns Krankenhausplans führt zu Schließung der Ortho-Klinik in Hörde

Hiobsbotschaft für den Krankenhausstandort Hörde. Die Stiftung Volmarstein wird die Ortho-Klinik (ehemals Bethanien-Krankenhaus) schließen und nach Wetter verlagern. Sie sei zu klein, um den Anforderungen des neuen Krankenhausplans der Landesregierung gerecht zu werden und dabei wirtschaftlich zu bleiben.

Die Schließung der Ortho-Klinik ist ein Einschnitt in die Gesundheitsversorgung im Dortmunder Süden. Die Verantwortung für die Schließung trägt Landesgesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU), der die stationäre Versorgung in den Krankenhäusern mit seinem Krankenhausplan eigentlich stärken wollte. Wir hatten in der Vergangenheit immer wieder davor gewarnt, dass der neue Krankenhausplan stattdessen zu Schließungen führen werde. In Hörde bestätigt sich das nun.

Zwischen 2010 und 2019 stieg in Nordrhein-Westfalen die Zahl der stationären Aufenthalte in Krankenhäusern von 4,2 auf 4,6 Millionen. Das ist ein Plus von 10 Prozent. Jedes Krankenhaus wird deshalb gebraucht. Wie wichtig eine gute, wohnortnahe Versorgung ist, sollte eigentlich nach Corona jedem klar sein.

Dortmunder Patientinnen und Patienten im Bereich der Orthopädie werden dank des Krankenhausschließungsplan zukünftig länger auf ihre Operation warten müssen. Für Hörde ist die Schließung des Krankenhauses, das es dort bereits seit 1864 gab, ein schwerer Verlust.



Neue Tagesklinik in Körne ermöglicht zusätzliches Angebot für Schwangerschaftsabbrüche

Eine ungewollte Schwangerschaft ist für die Betroffenen eine belastende Ausnahmesituation. In dieser schwierigen Zeit sind sie auf eine gute und wertneutrale Beratung angewiesen. Sie brauchen aber auch Möglichkeiten, um zeitnah, unkompliziert und ohne weite Wege einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen zu können..

Leider nimmt die Zahl von Ärzt*innen, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen, seit Jahren stetig ab. Auf Landesebene setzen wir uns deshalb dafür ein, dass es mehr Praxen gibt, die Abbrüche vornehmen. Aber auch für einen Wertewandel, der das Selbstbestimmungsrecht der Frauen in den Vordergrund rückt.



Insofern war ich erfreut, dass die niederländische Ärztin Gabie Raven im Herbst 2022 eine neue gynäkologische Tagesklinik in Dortmund-Körne eröffnete, die sich auf Schwangerschaftsabbrüche und Prävention spezialisiert hat. Sie stellte fest, dass viele deutsche Frauen ihre Kliniken in Roermond und Rotterdam aufsuchten, weil es bei ihnen vor Ort an entsprechenden Angeboten fehlt.

Nun habe ich Frau Raven in ihrer neuen Gynäkon-Tagesklinik in Körne besucht und mich

mit ihr ausgetauscht. Sie berichtete über unterschwellige Bedrohungen von radikalen Abtreibungsgegner*innen, aber auch wie schwierig es ist, mit dieser Spezialisierung in Deutschland eine kassenärztliche Zulassung zu erhalten.

Ich habe ihr versichert, dass sehr viele Menschen in Dortmund auf ihrer Seite stehen und sich Hetze und Bedrohung entgegenstellen werden. Ich selbst bin beeindruckt, mit welchem Idealismus sich Gabie Raven für die körperliche Selbstbestimmung von Frauen einsetzt und selbst unter schwierigen Bedingungen nicht aufgibt.

Austausch mit Studierenden

Bereits während der Corona-Pandemie hatte ich einen Dialog mit den beiden Allgemeinen Studierendenausschüssen (AStA) der TU und der Fachhochschule Dortmund gestartet. In der Krisenzeit waren es gerade Studierende, die unter den schwierigen Lernbedingungen und den wegfallenden Nebenjob-Möglichkeiten leiden mussten. Und deshalb wollte ich wissen, welche konkreten Probleme Studierende bewältigen mussten und wie wir als Politik am besten unterstützen können.

Nach Corona stellt die Energiekrise die Studierenden vor neue, vor allem finanzielle Probleme. Und leider werden sie erneut von der Politik vernachlässigt. Bis heute warten sie auf die lange angekündigte Energiepauschale von 200 Euro, weil das FDP-geführte Bundesbildungsministerium es nicht schafft, ein Antragsverfahren zügig einzuführen. Aber auch die Einführung des Deutschland-Tickets bewegt die Studierenden. Sie wünschen sich, dass auch das Studierendenticket dementsprechend günstiger wird. Hier ist das Land NRW gefragt.

Über diese und andere Themen tauschte ich mich – unterstützt durch den wissenschaftspolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Dr. Bastian Hartmann – in einer Videokonferenz mit den beiden Dortmunder ASten aus.

Team Butschkau plant Aktionen. Sei dabei!

Nach den vielen Lockdowns der letzten Jahre, werden Veranstaltung und Treffen endlich wieder planbarer. Deshalb möchte ich ab diesem Jahr meine Wahlkreisarbeit auch wieder etwas strukturierter gestalten. Hierbei baue ich natürlich auf ein engagiertes Team – auf die SPD-Ortsvereine und SPD-Stadtbezirke, mit denen ich gemeinsam Aktionen durchführen möchte. In einer Wahlkreiskonferenz habe ich den Vertreter*innen der Ortsvereine und Stadtbezirke meine Pläne für 2023 vorgestellt. Einmal im Jahr möchte ich in jedem der drei Stadtbezirke einen Politischen Stammtisch durchführen, zu dem Bürger*innen und Multiplikator*innen aus den Vereinen, Verbänden und dem Gewerbe eingeladen werden, um den politischen Austausch zu intensivieren. In der sitzungsfreien Zeit plane ich eine Besuchstour zu den Themen Bildungspolitik und Gleichstellungspolitik und eine weitere Tour zum Thema Umwelt- und Naturschutz. Natürlich wird es aber auch verschiedenen Aktionen auf der Straße geben, etwas zum Valentinstag, zum Weltfrauentag und um Ostern. Besonders freue ich mich auf eine Tournee durch die Gartenvereine in meinem Wahlkreis, die ich im Mai und Juni rund um den Tag des Gärtnerns plane.

Du willst bei unseren Aktionen dabei sein? Dann melde Dich in meinem Wahlkreisbüro: Tel.: 0231 / 58 56 18.



Übungsleiterin für einen Abend

Tag für Tag engagieren sich unzählige Menschen in den Sportvereinen in Deutschland als Übungsleiter*innen. Es ist sehr beeindruckend, wie vielfältig die in der Regel ehrenamtliche Arbeit ist. Aber auch, wieviel Verantwortung und Sachkunde dahinter steckt. Deshalb: Hut ab vor allen, die mehrmals in der Woche Kinder, Jugendliche und Erwachsene in unzähligen Sportarten trainieren und damit einen wichtigen Beitrag zu Gesundheitsförderung, Teilhabe und Integration und das Empowerment von Menschen leisten!

Mit meinem Abgeordnetenkollegen Volkan Baran habe ich deshalb das Taekwondo Team Kocer e.V. in Lütgendortmund besucht. Wir wurden nicht nur in die Kampfsportkunst des Taekwondo eingeführt, sondern durften auch direkt die Aufgabe der Trainingsleitung übernehmen. Eine spannende Erfahrung!



Besuch AWO Migrationsdienste mit Jens Peick

Mit dem Bundestagsabgeordneten Jens Peick habe ich die Migrationsdienste der AWO Dortmund in der Nordstadt besucht. Die AWO bietet dort im BunkerPlus an der Blücherstraße Migrationsberatung für Erwachsene und Jugendliche an. Die niedrigschwelligeren Angebote leisten einen wichtigen Beitrag zur Orientierung und Integration in Dortmund. Gerade sozial benachteiligte Menschen gehören zur Zielgruppe der AWO. Mit den Fachleuten der Einrichtung tauschten wir uns über die Förderung der Migrationsberatung durch den Bund und die Herausforderungen, vor denen die Integrationspolitik steht, aus.



Bedürftige Menschen profitieren von mobilem Tafel-Angebot in Marten

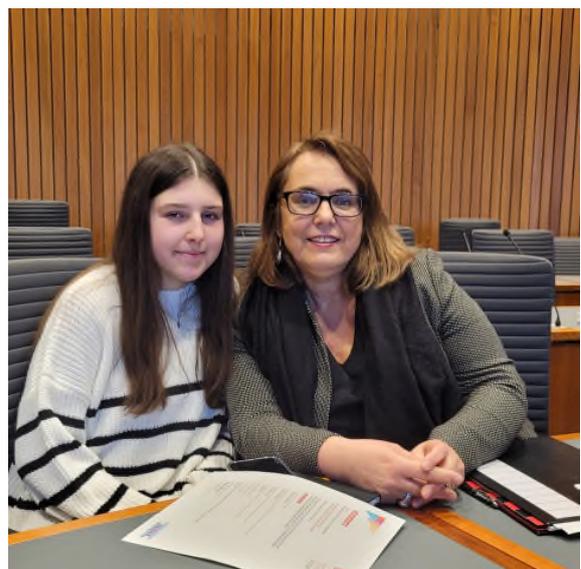
In Marten leben viele bedürftige Menschen. Da es hier jedoch keine Tafel gibt, bei der sich die Betroffenen mit günstigen Lebensmitteln versorgen können, geht man hier seit 2022 neue Wege. Das Christliche Jugenddorf Deutschlands auf der Zeche Germania, die Dortmunder Tafel und die Nachbarschaftshilfe Marten Aktiv organisieren gemeinsam eine mobile Tafel. Die Tafel stellt die Lebensmittel für bis zu 20 Kund*innen zur Verfügung, die Ehrenamtlichen von Marten Aktiv nehmen die Bestellungen der Kund*innen auf, Mitarbeiter*innen des CJD konfektionieren die Waren und liefern sie anschließend aus. In der wärmeren Jahreszeit übrigens ganz umwelt- und klimafreundlich mit dem Lastenfahrrad. Ein tolles Projekt, bei dem ich einen Tag lang mitgeholfen habe.



Einblick hinter die Kulissen

Drei Wochen lang hat Ceylin Su Basanci ein Praktikum in meinem Wahlkreisbüro absolviert. Sie begleitete mich zu Terminen im Wahlkreis und unterstützte mich bei den Vorbereitungen für Aktionen rund um den Valentinstag und den Weltfrauentag. In Düsseldorf konnte sie außerdem einen Blick hinter die Kulissen des Landtags werfen.

Für die tolle und engagierte Mitarbeit kann ich mich nur bedanken. Es ist immer schön, jungen Menschen einen Einblick zu geben und mit der politischen Arbeit einer Abgeordneten vertraut zu machen.



Butschkau unterwegs

Hier seht Ihr wieder – kurz notiert – was sonst noch so war.



Mit der Abgeordneten Andrea Busche besuchte ich die Prostituiertenberatung Madonna in Bochum.



Der Betriebsrat der AWO Dortmund besuchte mich für einen Austausch über die Pflegekammer NRW im Landtag.



Meine Kollegin Julia Kahle-Hausmann und ich auf der Fraktionsklausur.



Zu Besuch auf der Internationalen Pflanzenmesse in Essen.



Gute Stimmung beim Neujahrsempfang des SoVD Lütgendortmund.



Auf der Konferenz der familien- und frauenpolitischen Sprecher*innen der SPD aus Bundestag und Landtagen in Magdeburg.



Am 12. Februar war der Red Hand Day, der internationale Tag gegen den Einsatz von Kindersoldaten.



Auf dem Frauenempfang des Oberbürgermeisters. Hier mit OB Thomas Westphal und DEW21-Chefin Heike Heim.



Der AWO-Ortsverein Hörde Süd spendete 760 Euro für „Tischlein deck Dich“.



Beim AWO-Ortsverein Lücklemberg berichtete über die Arbeit der Enquete-Kommission „Einsamkeit“.



Ein Dank an alle Ehrenamtlichen am Tag der Kinderhospizarbeit am 10. Februar.



Special Olympics Deutschland stellte im Landtag seine Arbeit vor.



Psst, hast Du mal 'nen Tampon? Anhörung zu unserem Antrag für kostenlose Menstruationsartikel in öffentlichen Gebäuden.



Dreharbeiten für einen Bericht in der WDR-Lokalzeit über meine Patenschaft für Sogol Borji.



Vorbereitungen für unsere Aktionen am Valentinstag.

